

Baumaßnahme

Rahmenvertrag Lichtruf

Leistung

Erweiterung, Inspektion, Wartung und Service von neuen und bestehenden Lichtrufanlagen

A.

Vertragsgrundlage für diese Bauleistung ist die VOB/B und VOB/C in der zum Zeitpunkt der Auftragserteilung gültigen Fassung.

B.

Hierzu werden nachfolgende BESONDERE VERTRAGSBEDINGUNGEN vereinbart:

1 Rahmenvereinbarung, Leistungspflicht

Diese Rahmenvereinbarung ist ein Vertrag für die Zeit:

vom 01.09.2026

bis 31.08.2028

Die im Leistungsverzeichnis aufgeführten Mengen stellen unverbindliche Kalkulationsmengen dar. Sie wurden auf Basis eines Prognosezeitraums von 12 Monaten ermittelt und dienen ausschließlich der Wertung der Angebote sowie der Preisermittlung.

Der Vertrag tritt mit Zuschlagserteilung in Kraft und wird für eine feste Grundlaufzeit von 24 Monaten geschlossen.

Der Vertrag verlängert sich jeweils automatisch um weitere 12 Monate, sofern er nicht von einer der Vertragsparteien mit einer Frist von 6 Monaten zum jeweiligen Vertragsende schriftlich gekündigt wird.

Die automatische Verlängerung ist auf maximal zwei Verlängerungszeiträume begrenzt.

Die maximale Gesamtlaufzeit des Vertrages beträgt somit 48 Monate.

Ein Anspruch des Auftragnehmers auf Abnahme bestimmter Mengen besteht nicht. Die tatsächlichen Abrufmengen richten sich ausschließlich nach dem jeweiligen Bedarf des Auftraggebers. Ein Mindestabruf wird nicht garantiert.

- 1.1. Die Rahmenvereinbarung verpflichtet den/die Auftragnehmer, die mit Einzelaufträgen abgerufenen Leistungen zu den in der Rahmenvereinbarung und dem Einzelauftrag festgelegten Bedingungen auszuführen.
- 1.2. Die Einzelaufträge werden grundsätzlich in Textform erteilt. Einzelaufträge können ausnahmsweise (Service- und Störungsbeseitigung) für sofort zu erledigende Arbeiten mündlich oder fernmündlich erteilt werden; sie werden nachträglich in Textform bestätigt.
- 1.3. Auf Verlangen des Auftraggebers ist der Auftragnehmer verpflichtet, Arbeiten anderer Fachlose (Gewerke) geringen Umfangs auszuführen, soweit er hierzu in der Lage und befugt ist.
- 1.4. Für den Bereich Wartung und Inspektion erfolgt über Einzelaufträge.

2 Einzelaufträge

- 2.1. Zur Erteilung von Einzelaufträgen sind folgende Stellen der in der Rahmenvereinbarung genannten Auftraggeber berechtigt: Mitarbeitende des LWL-BLB
- 2.2. Anordnungen dürfen nur von der Stelle getroffen werden, die den jeweiligen Einzelauftrag erteilt hat. Anordnungen Dritter dürfen nicht befolgt werden.
- 2.3. Rechnungen sind bei dem Auftraggeber einzureichen, der den Einzelauftrag erteilt hat.

3 Kleinstaufträge

Verlangt der Auftraggeber die Ausführung eines Einzelauftrages, dessen Vergütung ohne Umsatzsteuer 500 Euro (Kleinstauftragswertgrenze) nicht überschreitet, und kann die Ausführung nicht mit anderen Arbeiten zusammengefasst werden, wird kein Zuschlag gewährt. Dies gilt auch bei Stundenlohnarbeiten.

4 Stundenlohnarbeiten und Zuschläge

- 4.1. Für vom Auftraggeber angeordnete Stundenlohnarbeiten werden die vereinbarten Stundenverrechnungssätze zuzüglich Umsatzsteuer nach den tatsächlich geleisteten Arbeitszeiten ohne Wegezeiten bezahlt.
- 4.2. Zuschläge für Mehr-, Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeiten werden für die nachgewiesenen zuschlagspflichtigen Stunden neben den vereinbarten Preisen sowie neben gesondert vereinbarten Preisen für im Leistungsverzeichnis nicht vorgesehene Leistungen vergütet.

5 Service-Stützpunkt

Der Bieter hat einen Service-Stützpunkt / Standort oder richtet diesen ein, von dem aus sämtlichen Liegenschaften im Verbandsgebiet des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe innerhalb von 4 Stunden zu erreichen sind.

Liegenschaften des LWL siehe beiliegende Übersichtskarte.

6 Erreichbarkeit (Service-Rufnummer / Support)

Der Bieter hält eine Service-Rufnummer vor, die von 0-24 Uhr, 7 Tage pro Woche erreichbar ist und die die durch den AG abverlangten Leistungen fachkundig und umgehend weiterbearbeitet und ggf. weiterleitet.

C.

Weitere Besondere Vertragsbedingungen

1 Technische Spezifikationen

Soweit im Leistungsverzeichnis auf Technische Spezifikationen (z.B. nationale Normen, mit denen europäische Normen umgesetzt werden, europäische technische Bewertungen, gemeinsame technische Spezifikationen, internationale Normen) Bezug genommen wird, werden auch ohne den ausdrücklichen Zusatz: "oder gleichwertig", immer gleichwertige Technische Spezifikationen in Bezug genommen.

2 Rechnungen (§ 14 VOB/B)

- 2.1. Für jeden Einzelauftrag ist eine gesonderte Rechnung zu erstellen. Sämtliche Rechnungen sind zeitnah nach Fertigstellung der Arbeiten an dem im Einzelauftrag genannten Rechnungsadresse (Mail-Adresse) prüfbar einzureichen.
 - Dieses Rechnungs-Postfach ist ausschließlich für die Rechnungszustellung zu verwenden. E-Mails, die diese Voraussetzungen nicht erfüllen, können nicht bearbeitet werden und werden automatisiert gelöscht.
 - Akzeptiert werden E-Mails mit jeweils einer Rechnung im pdf-Format als Anhang. Die Rechnungen, mit allen v.g. Nachweisen in **einer** Datei im PDF-Format, vorgelegt werden.
 - Es dürfen keine abrechnungsrelevanten Informationen außerhalb der angehängten pdf-Dateien im Textfeld oder Betreff der E-Mail enthalten sein.
 - Die pdf-Rechnung muss alle nach § 14 UStG erforderlichen, rechnungsrelevanten Angaben in allgemein lesbarer Form enthalten.
 - Verwenden Sie bitte als korrekte und vollständige Firmenanschrift die in der Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes oder in Formblatt 211 genannten Daten des Auftraggebers.
- 2.2. Der Lauf der Zahlungsfristen nach § 16 VOB/B beginnt mit Eingang der prüfbaren Rechnung bei dem Auftraggeber.
- 2.3. Die notwendigen Rechnungsunterlagen (z. B. Mengenberechnungen, Abrechnungszeichnungen, Handskizzen) sind bei der vom Auftraggeber benannten Bauleitung zeitgleich digital im PDF, dxf, docx, oder xlsx-Format einzureichen.

3 Abgabe der Anlagen

- 3.1. Der Auftragnehmer ist verpflichtet die **Anlagen A, B, C, D und F** ausgefüllt dem Angebot beizufügen. Fehlende Unterlagen können zum Ausschluss des Angebotes führen.

4 Datenschutz, Geheimhaltung, Schweigepflicht

- 4.1. Jede Einsichtnahme in Akten, Pläne, Schriftstücke und die Nutzung von Informationsträgern des Auftraggebers ist, soweit sie über den für die Ausführung der Tätigkeit benötigten Umfang hinaus geht, untersagt.
- 4.2. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, seine Mitarbeiter auch hierüber zu belehren.
- 4.3. Darüber hinaus gelten bei der Vertragserfüllung die Vorschriften des Gesetzes zum Schutz personenbezogener Daten (Datenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen - DSGVO) in der jeweils gültigen Fassung.
- 4.4. Der Auftragnehmer unterwirft sich bei der Vertragserfüllung der Kontrolle durch den Datenschutzbeauftragten des Auftraggebers sowie der Kontrolle des Landesbeauftragten für den Datenschutz des Landes Nordrhein-Westfalen.
- 4.5. Der Auftragnehmer gewährleistet insbesondere gegenüber Patienten und Bewohnern der Kliniken und mit den Kliniken verbundenen Einrichtungen eine besondere Verpflichtung zur Verschwiegenheit gegenüber Dritten über alle Angelegenheiten, die mit dem Aufenthalt in der Einrichtung verbunden sind.

- 4.6. Der Auftraggeber kann fristlos ganz oder teilweise vom Vertrag zurücktreten, wenn der Auftragnehmer seiner o.g. Pflicht nicht nachkommt.
- 4.7. Bei eventuellen Schadenersatzansprüchen von Betroffenen aufgrund der Verletzung von Datenschutzvorschriften kann der Auftraggeber den Auftragnehmer in Regress nehmen

5 Entsorgung von Bau- und Abbruchabfällen

- 5.1. Der Auftragnehmer ist Abfallbesitzer für sämtliche bei der Ausführung der vertraglichen Leistungen anfallenden Bau- und Abbruchabfälle.
- 5.2. Er ist verpflichtet, diese eigenverantwortlich und ordnungsgemäß unter Beachtung der einschlägigen abfallrechtlichen Vorschriften, insbesondere des KrWG und der GewAbfV, zu sammeln, zu trennen, zu verwerten oder zu beseitigen.
- 5.3. Der Auftraggeber ist berechtigt, entsprechende Entsorgungs- und Mengennachweise zu verlangen.
- 5.4. Die Kosten für Sammlung, Transport und Entsorgung sind mit der vertraglichen Vergütung abgegolten.

6 Steuerabzug bei Bauleistungen

Der AN verpflichtet sich, jede vom zuständigen Finanzamt vorgenommene Änderung in Bezug auf eine vorgelegte Freistellungsbescheinigung (§ 48b EStG) dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

7 Tariftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen (BVB TVgG NRW)

- 7.1. Einhaltung des Tariftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen (BVB TVgG NRW)
Der AN ist zur Einhaltung der Vorgaben des Tariftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen verpflichtet. Die weiteren Vertragsbedingungen bleiben hiervon unberührt.
- 7.2. Kontroll- und Prüfrecht
Der Auftraggeber ist berechtigt, die Einhaltung gesetzlichen Verpflichtungen während der Auftragsausführung zu überprüfen. Hierzu ist der AN verpflichtet,
 - (1) dem Auftraggeber auf dessen Verlangen die notwendigen Unterlagen zur Verfügung zu stellen, aus denen sich die Einhaltung der unter Ziffer 1. genannten Verpflichtungen zweifelsfrei ergibt. Sofern diese Unterlagen personenbezogene Daten enthalten, erfolgt die Vorlage in anonymisierter Form sowie unter Beachtung des Datenschutzrechts.
 - (2) seine Beschäftigten auf die Möglichkeit solcher Kontrollen hinzuweisen.

8 AGB-Abwehrklausel zu abweichenden Angebotsbedingungen

Von den Vergabeunterlagen abweichende Bedingungen des Bieters, insbesondere Liefer-, Vertrags-, und Zahlungsbedingungen (Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB) und individuelle Bieterklauseln, wie z.B. Zahlungsbedingungen) werden nicht Vertragsbestandteil.